

Landtagswahl: Bürgerinitiativen zwischen Heidelberg und Weinheim diskutieren im evangelischen Gemeindezentrum in Dossenheim mit den Kandidaten

Grün-Rot vor dem Windkraft-Tribunal

BERGSTRASSE. Die Vertreter der grün-roten Landesregierung standen bei der Podiumsdiskussion der Windkraftgegner der Bergstraße auf verlorenem Posten. Für Uli Sckerl (Grüne) und Gerhard Kleinböck (SPD) blies der Wind am Donnerstagnachmittag im evangelischen Gemeindezentrum in Dossenheim von allen Seiten: Von den gut 200 Zuhörern, von den zwei Herausforderern Georg Wacker (CDU) und Andrea Reister (FDP) und von den zwei Moderatoren Matthias Kraus und Dr. Richard Leiner. Letztere sind nämlich Mitglieder der Bürgerinitiativen gegen die Windkraft und lehnen derartige Anlagen an der Bergstraße kategorisch ab.

Viel Prügel für Sckerl

Die meiste Prügel erhielt der Grünenabgeordnete Sckerl. Daher war seine Reaktion nach dreistündiger, mitunter hitziger Debatte durchaus nachvollziehbar: „Dass Politiker Schelte bekommen, kann ich ja verstehen. Aber wo führt dies denn hin, wenn sie den Fachleuten und den Verwaltungen misstrauen.“ Zuvor warf er den Windkraftgegnern vor, bei ihren Faktenchecks mit falschen Daten und Bildern zu arbeiten.

Ein Bild zeigte beispielsweise Windkrafträder oberhalb Weinheims: „Ob da sieben Windräder hinkommen, steht doch gar nicht fest“, kommentierte der Abgeordnete das Bild. Weinheims BI-Vorsitzender Kraus, Leiner, Vorsitzender der BI „Rettet den Odenwald“, sowie Dr. Andreas Sindlinger, ebenfalls BI-Gegenwind Weinheim, meinten dazu nur, dass diese Fotomontage auch von den Planern verwendet wurden. Stinksauer reagierte Sckerl allerdings auf den Zuruf eines Zuhörers zu diesem Punkt. Der Mann zitierte nämlich den einstigen DDR-Staats- und Parteichef Walter Ulbricht mit den Worten „Niemand will eine Mauer bauen“. Sckerl ergriff sofort das Mikro und sagte nur: „Danke für den Vergleich mit der DDR.“

Die Podiumsdiskussion, zu der die Bürgerinitiativen aus Weinheim, Hirschberg, Dossenheim, Schriesheim und Heidelberg eingeladen hatten, startete zunächst entspannt und mit den bekannten Positionen der Parteien. Für Sckerl gebe es beim Klimaschutz kein Entkommen. Zum Energiemix gehört für ihn auch zehn Prozent Windenergie. „Übrigens“, fügte er hinzu, „hätten wir vor Grün-Rot 66 Prozent Atomenergie. Das will doch keiner mehr. Und außerdem entstehen an der badischen Bergstraße keine großen Windkraftanlagen, sondern nur etwas Ergänzendes.“ Auch sein

SPD-Kollege Kleinböck will einen Beitrag zum Klimaschutz leisten: „Ich will keine Windindustrie, sondern Bürgergenossenschaften vor Ort, wie etwa die von der Hohen Waid.“

FDP-Kandidatin Reister bekannte sich wie alle anderen Redner zur Energiewende. „Aber wir sollten das machen, was ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Diese Standorte machen keinen Sinn. Schon gar nicht, wenn dafür hochwertige und jahrhundertalte Wälder abgeholzt werden.“ Statt Windkraftanlagen (WKA) sollte das Land besser in die Forschung, etwa die Speichermöglichkeiten, stecken.

CDU-Landtagsabgeordneter Wacker warf der Regierung vor, mit ihrer Planung die Kommunen unter Druck zu setzen, weil diese Flächen für Anlagen ausweisen müssten. „Ja, ich bin für die Energiewende. Aber Windkraft nur dort, wo sie taugt. Baden-Württemberg ist eben kein Windland. Daher sage ich Nein zur Windkraft an der Bergstraße“, betonte Wacker.

Kohlendioxid ausstoß steigt

Nach diesen Eingangsstimmungen folgte von Dr. Leiner der erste Faktencheck. Er bezweifelte den Erfolg der Windenergie für das Absenken des Kohlendioxid ausstoßes. Vielmehr würde der Ausstoß seit 2011 wieder ansteigen, obwohl zu 30 Prozent auf regenerativen Strom gesetzt werde. „Acht Prozent weniger Treibstoff würden mehr bringen als alle Windräder in Deutschland“, ergänzte Leiner. Der Gedanke griff Kleinböck gerne auf und warb für ein Tempolimit. Gleichzeitig widersprach er der Meinung, wonach die Windkraft so nachteilig sei und so viel Fläche verbräuche. Sckerl verwies darauf, dass die Windindustrie immerhin 100 000 Jobs geschaffen habe. Dies dürfe man nicht vernachlässigen. Wacker griff daraufhin erneut die Landesregierung für ihr „ideologisches Vorgehen“ an. Er zitierte eine BUND-Studie, wonach die drei Standorte in Weinheim, Dossenheim und Schriesheim aufgrund der Windhöflichkeit nicht wirtschaftlich seien. Derzeit gibt es laut Wacker im Land 448 WKAs (deutschlandweit sind es derzeit 25 500 Anlagen). Um das Ziel von zehn Prozent zu erreichen, müssten 1200 errichtet werden. „Wir sollten uns grundsätzlich nur auf Standorte konzentrieren, die sich wirtschaftlich rechnen“, ergänzte Wacker.

Dies bedeute, dass 18 000 Hektar abgeholzt werden müssten. Der CDU-Abgeordnete will im Falle der Regierungsübernahme das per Verwaltungsvorschrift verabschiedete



Über 200 Bürger verfolgten die Podiumsdiskussion der Windkraftgegner der Bergstraße mit den Landtagskandidaten im evangelischen Gemeindezentrum in Dossenheim.

BILDER: KOPETZKY



Das Podium. Von links CDU-Abgeordneter Georg Wacker, FDP-Kandidatin Andrea Reister, BI-Vorsitzender Matthias Kraus, BI-Vorsitzender Dr. Richard Leiner, SPD-Abgeordneter Gerhard Kleinböck und Uli Sckerl (Bündnis 90/Die Grünen).

Landesplanungsrecht wieder ändern. Die Regionalplanung soll diesen Part übernehmen. Davor warnte wiederum Sckerl, da gerade die alte Regionalplanung Vorranggebiete ausgewiesen hatte und die lagen laut dem Grünen-Abgeordneten alle im Wald.

Umstrittene Standorte

Sckerl bestätigte darauf, dass die Standorte an der Bergstraße wegen Arten-, Landschafts- und Naturschutz eher unrealistisch seien. „Der Bereich ‚Drei Eichen‘ bei Heidelberg ist besser, auch weil dort das Waldgebiet erst 1991 entstand.“ Kaum hatte er dies gesagt, hagelte es wieder Kritik, weil das Gebiet laut

Leiner zur Hälfte im FFH-Gebiet (Fauna-Flora-Habitat) liegt. Der Vorsitzende der BI „Schutzgemeinschaft Odenwald“ äußerte wie einige Bürger später auch weitere Bedenken an diesem Standort in Heidelberg. Der Grund: der zu geringe Abstand der Anlagen zur Wohnbebauung. Das Land gibt 700 Meter vor. Zum Vergleich: Hessen und Rheinland-Pfalz empfehlen 1000 Meter. Wacker und Reister forderten daher einen Mindestabstand von 1500 Metern zur Wohnbebauung. Sckerl hingegen verwies auf die Aussagen der Fachbehörden. Während Wacker und Reister die Standorte an der Bergstraße kategorisch ablehnten, wollte Sckerl eher in die

Ebene gehen. Kleinböck vertrat hier eine ganz andere Meinung: „Die erste Hangkante entfällt. Zweite oder dritte Reihe könnten aber durchaus sein.“ Auch hierfür ermetete der SPD-Landpolitiker missbilligende Zurufe aus dem Saal.

Zum Ende der Podiumsdiskussion ergriff ein ratlos wirkender Bürger das Wort. „Sie sagen zu vielen Sachen Nein, aber wie sieht den Ihr Energiemix aus?“, fragte der Mann den Vorsitzenden der Weinheimer BI-Gegenwind Matthias Kraus: „Ich bin kein Energieexperte. Aber wir wissen, was Unsinn ist, nämlich Windräder auf dem Geiersberg in Weinheim“, entgegnete Kraus darauf.

hr